



**GEWERKSCHAFTSBUND
DES KANTONS ZUG**

GBZ-Info Nr. 50, April 2003

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Dieses Jahr findet vor der traditionellen 1. Mai-Kundgebung „unter der Linde“ auf dem Landsgemeindeplatz noch einen Demonstrationsumzug statt. Gründe, um auf die Strasse zu gehen, gibt es mehr als genug. Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist immer unfähiger, die Probleme der Mehrheit der Bevölkerung zu lösen. Abzockerei und Selbstbereicherungen nehmen im Kreise derjenigen, die in der Wirtschaft das Sagen haben, immer mehr zu. Die „soziale Verantwortung“ der Arbeitgeber wird langsam zu einem Fremdwort aus dem letzten Jahrhundert.

Jugendliche haben kein Recht auf eine Ausbildung. Immer schwieriger wird es, eine passende Lehrstelle zu finden. Wer in Pension geht, muss um seine Rente bangen. Die viel gerühmten Pensionskassen garantieren nicht mehr die versprochenen Renten. Die Arbeitenden sind vor Fehlentscheidungen der Manager nicht sicher, die zu Gunsten ihrer Profite Arbeitsplätze und somit die Existenz der Arbeitenden opfern. Wer arbeitet ist Stress und Arbeitsdruck ausgesetzt, die krank machen. Bei all dem sind die arbeitenden Frauen ganz besonders betroffen. Darum lautet das Motto des diesjährigen 1. Mai:
Frauen Macht Gewerkschaft - gemeinsam für mehr Gerechtigkeit!

Am 1. Mai wird auf der ganzen Welt auch **gegen den sinnlosen Krieg im Irak** protestiert. Für die Profite der Ölmultis und der Rüstungsfirmen werden die irakische Bevölkerung und die amerikanischen Soldaten, die fast alle aus der Arbeiterschicht kommen, geopfert.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Wir haben alle mehr als einen Grund, um auf die Strasse zu gehen. Darum erwarten wir Euch am 1. Mai um 17.00 Uhr auf dem Landsgemeindeplatz!

Am **18. Mai finden Abstimmungen** statt: Der Schweizerische Gewerkschaftsbund empfiehlt **9 x Ja** zu stimmen. Unsere Unterstützung gilt insbesondere der **Lehrstellen-Initiative lipa** und der Initiative **„Gesundheit muss bezahlbar bleiben“**, welche die unsozialen Kopfprämien abschaffen will. Zwei richtige Initiativen zum richtigen Zeitpunkt!

Mit kollegialen Grüßen
Bruno Bollinger, GBZ-Präsident

Daten zum Vormerken:

1. Mai: **Kundgebung und Demonstrationsumzug**

Abstimmungen 18. Mai: **9 x Ja**

Das GBZ-Info geht an alle GBZ-Delegierten, an aktive GewerkschafterInnen und an PolitikerInnen, die über die Aktivitäten der Gewerkschaften informiert sein sollten.

Streikaktionen für Rentenalter 60 auf dem Bau:

Auch Risi-Kies steht still, wenn die GBI es will!

Der am 12. November 2002 unterzeichnete Landesmantelvertrag (LMV) mit dem Zusatzvertrag FAR (Flexibler Alters-Rücktritt) ist ein sozialpolitischer Meilenstein wie es seinerzeit die erste Ferienwoche, der freie Samstag und der 13. Monatslohn waren. Rentenalter 60 auf dem Bau ist in einer Zeit des Sozialabbaus erobert worden und der Versuch der "SVP-Fraktion" im Baumeisterverband, dies zu verhindern, konnte mit Streikaktionen abgewendet werden.

Nach der grossen Demonstration vom 16. März 2002 kam der Durchbruch und die schrittweise Einführung des flexiblen Rentenalters auf dem Bau konnte realisiert werden. Die Demo in Bern mit 15'000 Leuten war der Höhepunkt einer Mobilisierungskampagne auf den Baustellen, bei denen die Bauarbeiter Gewerkschaftsversammlungen während der Arbeitszeit besuchten, die keine Streiks waren, weil die Gewerkschaften sich noch an die Friedenspflicht halten mussten. Die Eckwerte des flexiblen Altersrücktritts wurden in einem Vorvertrag festgehalten, vom Baumeisterverband unterschrieben und an der Delegiertenversammlung (DV) vom 12. April ratifiziert: Schrittweise Einführung ab dem 1.1.2003, Rentenhöhen in der Grössenordnung von 70% des Bruttolohnes zuzüglich eines Sockelbeitrages und Beiträge von 5% Lohnprozenten (4% Arbeitgeber, 1% Arbeitnehmer) ab 1.7.2002.

Gegen diesen Abschluss organisierte die "SVP-Fraktion" einen regelrechten Putsch und die DV des Baumeisterverbandes vom 16. September beschloss, nochmals über die Eckwerte verhandeln zu wollen. Knallhart die Antwort der Gewerkschaften gegen diesen Vertragsbruch: die Friedenspflicht wurde aufgehoben und es begannen Streikaktionen. Diese gipfelten im nationalen Streik vom 4. November, an dem 15'500 Bauarbeiter teilnahmen. Acht Tage später kam es dann zur Unterzeichnung des LMV/FAR. Die ersten Bauarbeiter können zwar erst am 1. Juli 2003 in Pension gehen, die Rentenhöhe bleibt aber bei 70% des Bruttolohns. Mit dem jährlichen Sockelbeitrag von 6'000 Franken und den Beiträgen der Pensionskasse und der AHV, die von der Stiftung übernommen werden, bedeutet dies, dass die Bauarbeiter eine Rente erhalten werde, die mehr als 90% des Nettolohnes beträgt.

Im Kanton Zug war der Höhepunkt der Kampagne die Blockade des Risi-Kieswerkes in Cham/Oberwil. Adrian Risi, Präsident des Zuger Baumeisterverbandes, Kassier der kantonalen SVP und Gegner der Frühpensionierung hat mit Baumeister Ineichen aus Cham und den Hardlinern der "SVP-Fraktion" den Vertragsbruch zu verantworten. Risi und Ineichen gehören zu jenen HSG-Absolventen (Hochschule St. Gallen = die Kaderschmiede des Neoliberalismus), die meinen, die Sozialpartnerschaft funktioniere am besten ohne die Gewerkschaften, denn die Arbeitgeber wüssten am Besten, was für die Arbeitenden gut sei. Sie dachten, es sei die Gelegenheit gekommen, um den Gewerkschaften zu zeigen, wer im Baugewerbe Herr im Hause ist.

Die Gewerkschaft Bau & Industrie (GBI) hat die Herausforderung angenommen und gegen Risi eine Kampagne gestartet. Der Zuger Gewerkschaftsbund verlangte, dass ihm alle öffentlichen Aufträge entzogen werden. Am 9. Oktober wurden beim Bahnhof Baar (Risi-Baustelle) und Zug (Baustelle mit Risi-Beteiligung) Flugblätter verteilt; in Zug war sogar GBI-Zentralpräsident Vasco Pedrina dabei. Gleichzeitig wurden in allen Zuger Zeitungen halbseitige Inserate veröffentlicht: "Baumeister Risi will Bauarbeiter um Rentenalter 60 prellen".

Am nächsten Tag folgte dann der Paukenschlag: Das Risi Kieswerk in Cham/Oberwil wurde einen Tag lang von der GBI blockiert. Mit über zwanzig PW sperrten an die hundert GBI-Leute (dabei waren auch ein Dutzend AktivistInnen der Lachenden Altbauten) die Eingänge ab. Risi drohte zwar mit einer Polizeiräumung. Originalton: "250 Polizisten warten auf mein Telefon. Ich bin schliesslich der grösste Steuerzahler im Kanton Zug". Die Zuger Polizei liess sich aber nicht von Risi kommandieren und griff nicht in den Arbeitskampf ein. Das Kieswerk

blieb den ganzen Tag geschlossen und kein Lastwagen kam hinein. Hardliner Adrian Risi musste erleben, dass auch bei ihm nichts mehr geht, wenn die GBI es so will. Bruno Bollinger, Präsident Zuger Gewerkschaftsbund und Bildungsverantwortlicher der GBI

Bauhauptgewerbe

Risi: «Ein Kompromiss, keine Niederlage»

Am Dienstag haben sich die Sozialpartner im Bauhauptgewerbe endlich auf eine Lösung in der umstrittenen Frage der Frühpensionierung geeinigt. Die Baumeister hatten im Frühling vereinbarte Eckwerte nochmals verhandeln wollen, was von den Gewerkschaften GBI und Syna mit Streik beantwortet worden war. Den Baumeistern brachte die Einigung nun einen zeitlichen Aufschub bei den Beitragszahlungen bis Mitte 2003, ausserdem ist garantiert, dass ihre Beiträge an die Finanzierung der Frühpensionierung bis 2011 fix bleiben. Die Gewerkschaften erreichten, dass an der Höhe der Pension keine Abstriche gemacht wurde.

Beanstandetes wurde geregelt

Für Adrian Risi, den Präsidenten des Zuger Baumeisterverbands, stellt die Lösung einen tauglichen Kompromiss dar. Die drei an der Frühlingsregelung beanstandeten Punkte – Finanzierbarkeit, Allgemeinverbindlichkeit für die gesamte Branche und BVG-Fragen – seien geklärt worden. «Eine Niederlage ist die Übereinkunft nur für jemanden wie mich, der aus prinzipiellen Gründen gegen die Frühpensionierung ist», sagte Risi.

Nach dem langen Konflikt gelte es nun, die Regelung umzusetzen. «Die Arbeit fängt jetzt erst an», sagte Risi. Er will aber weiterhin gegen die Gewerkschaft GBI klagen, die Ende Oktober das Kieswerk der Risi AG in Cham blockiert hatte. Die GBI hatte Risi vorgeworfen, im Schweizerischen Baumeisterverband einen «Putsch» organisiert zu haben, um die Frühjahrslösung zu torpedieren. (MM)

Zuger Presse 15.11.02

Adrian Risi war auch Sujet an der Baarer Fasnacht. Wir zitieren aus dem Zugerbieter vom 6.3.03: „... während die Möstelerzunft mit einem einheimischen Kiesabbauer unzimperlich ins Gericht ging und dessen unbeugsame Haltung gegenüber dem Rentenalter 60 an den Pranger stellte. Narren sagen oft, was Kluge denken.“

Adrian Risi ist selber noch nicht zu dieser Einsicht gekommen und hält an seiner Strafklage fest. Zuger Gewerbe aktuell vom April 2003: „Wir haben uns im Rahmen der Diskussion über den Altersrücktritt von Leuten erpressen lassen, die nicht zurückschrecken, zu lügen und Straftatbestände zu begehen. (...) Ich werde mich persönlich dafür einsetzen, dass die Schweizer Rechtssprechung ein entsprechendes Urteil fällen wird.“ Typisch nach SVP: Ich habe Recht und ich setze es mit allen Mitteln durch. **Die GBI wird auch dieser Auseinandersetzung nicht aus dem Weg gehen!**

FORUM

Tiefe Wunden bei Adrian Risi

«Aufwärtstrend in der Baubranche bleibt weiter aus», Neue ZZ vom 11. März

Mit Erstaunen müssen wir die Aussagen von Adrian Risi lesen, dass die Gewerkschaften nur mit eingekauften «Streikenden» aufgetreten seien. Diese Aussage ist falsch und für viele Bauarbeiter in der Zentralschweiz eine Beleidigung.

Tatsache ist, dass am 4. November 2002 über 750 Bauarbeiter in der Zentralschweiz gestreikt haben und sich vor dem KKL in Luzern eindrücklich manifestierten. Viele Baustellen in Zug, Luzern und Schwyz standen an diesem 4. November still, weil die Bauarbeiter für ihre berechnete Frühpensionierung streikten. Das Anliegen allein hätte vielleicht «nur» 500 Bauarbeiter mobilisiert, der begangene Vertragsbruch der Baumeister aber provozierte viele Bauleute derart, dass eben über 750 streikten.

Aber, die Wunden bei Adrian Risi müssen tiefer liegen. Wir denken, das Image der Baubranche könnte auch durch die «Blick»-Artikel vom letzten Dezember bezüglich «Betonkartell» Schaden genommen haben. Adrian Risi verkräftet es auch nicht, dass einige Branchenkollegen nicht den Zweihänder benützen, um Konflikte in der Sozialpartnerschaft zu lösen und so ihm die Gefolgschaft versagten.

Schade, dass Herr Risi nicht zum Dialog zurückfindet. Aber, wir verstehen seinen Groll auch etwas. Man kann in diesem Rechtsstaat nicht Verträge unterschreiben und nach einer Kehrtwende hat man auch die Medien, die Bevölkerung, die bösen Gewerkschaften usw. gegen sich. Und nicht genug, man verliert auch noch den Arbeitskonflikt auf der ganzen Linie! Das ist wirklich bitter!

GEWERKSCHAFT BAU & INDUSTRIE,
REGION ZENTRALSCHWEIZ:
ANDRÉ VEYA, GIUSEPPE REO

Neue Zuger Zeitung 13.3.03

In der Zuger Presse vom 3.1.2003 wurde folgendes Interview mit GBZ-Präsident Bruno Bollinger zu den wirtschaftlichen Aussichten veröffentlicht:

Sie befürchteten im letzten Jahr eine Konjunkturabschwächung für das Jahr 2003. Gleichzeitig sprachen Sie von Lohnerhöhungen zur Belebung der Binnenwirtschaft. Ersteres ist eingetroffen, letzteres weniger?

Ja, die Lohnerhöhungen sind gesamthaft ungenügend ausgefallen. Denn die individuellen Lohnerhöhungen sind vielfach an die höheren Einkommen und Manager gegangen. So sind erneut viele Arbeitende um ihren Anteil an den Produktivitätsfortschritten geprellt worden. Zudem leidet die Binnenwirtschaft darunter, denn sie lebt vom Konsum und dieser ist von der Kaufkraft der Löhne abhängig. Darum sind Lohnerhöhungen ein wichtiger Beitrag für die Konjunkturbelebung. Darüber hinaus braucht es aber auch Investitionen. Es wäre nun schlecht, wenn Bund und Kantone auf die Sparbremse stehen und die öffentlichen Investitionen drosseln würden.

Sie forderten innovative Arbeitszeitmodelle zur Erhaltung der Stellen und eine Beteiligung der Angestellten am Produktivitätsfortschritt der letzten Jahre. Sind diese Ziele erreicht?

Nein, die betreffenden Arbeitgeber waren nicht bereit, Rationalisierungen mit Arbeitszeitmodelle zu lösen, sondern haben kurzsichtig gehandelt und Arbeitsplätze abgebaut. Wir können nur wiederholen, was wir letztes Jahr an dieser Stelle gesagt haben: "Das Ziel ist es, alle Beschäftigten eines Betriebes und damit berufliches Now how zu erhalten und endlich mit der Verunsicherung der Beschäftigten aufzuhören. Arbeitende, die als Nummern behandelt werden und ständig um ihren Arbeitsplatz bangen müssen, können nicht motiviert und professionell arbeiten." Die Gewerkschaften werden in Zukunft genauer hinschauen. Was nicht mehr akzeptiert werden darf, ist, dass Arbeitsplätze zur Profitmaximierung abgebaut werden. Wichtig ist es auch zu unterscheiden, ob ein Konjunkturreinbruch vorliegt, oder Managementfehler. Denn das Hauptproblem der Schweizer Wirtschaft ist nicht nur das schamlose Abzocken, sondern die Fehlleitungen der Manager. Die Gewerkschaften werden sich dafür einsetzen, dass die Beschäftigten in ihren Betrieben besser mitwirken können. Viele Betriebe wären jedenfalls nicht ruiniert worden, wenn die Arbeitenden mehr zu sagen gehabt hätten.

«Arbeitgeber zur Vernunft bringen»

Bruno Bollinger fordert mehr Mitsprache der Arbeitenden

Zuger Presse: Sie befürchteten Ende 2001 eine Konjunkturabschwächung. Zudem erhofften Sie Lohnerhöhungen zur Belebung der Binnenwirtschaft. Ersteres ist eingetroffen, letzteres nicht.

Bruno Bollinger: Die Lohnerhöhungen sind gesamthaft ungenügend ausgefallen. Die individuellen Erhöhungen sind vielfach an die höheren Einkommen und Manager gegangen. So sind erneut viele Arbeitende um ihren Anteil an den

halten und endlich mit der Verunsicherung der Beschäftigten aufzuhören. Arbeitende, die als Nummern behandelt werden und ständig um ihren Arbeits-



Bruno Bollinger, Präsident des Zuger Gewerkschaftsbundes

platz bangen müssen, sind unmotiviert und arbeiten unprofessionell. Die Gewerkschaften

frieden ist nicht die Voraussetzung, sondern das Ergebnis des sozialen Fortschritts. Die Arbeitgeber haben im vergangenen Jahr erkennen müssen, dass die Gewerkschaften wieder fähig sind, Streiks zu organisieren. Dies wird sich positiv auf die Gesprächskultur auswirken, denn es geht nicht nur darum, dass man zusammen spricht, sondern dass man ernsthaft verhandelt und auf die berechtigten Forderungen der Gewerkschaften eintritt. Dies war in

Sie nahmen Anzeichen wahr, dass die politischen Auseinandersetzungen noch härter werden. Damit hatten Sie recht, zumindest was die Baubranche betrifft. Wird sich die Lage beruhigen? Wie nahmen sie die Gesprächskultur in den anderen Branchen wahr?

Was auf dem Bau passiert ist, wird sich auch in anderen Branchen auswirken. Denn der Arbeitsfrieden ist nicht die Voraussetzung, sondern das Ergebnis des sozialen Fortschritts. Die Arbeitgeber haben letztes Jahr erkennen müssen, dass die Gewerkschaften wieder fähig sind,

Streiks zu organisieren. Dies wird sich positiv auf die Gesprächskultur auswirken, denn es geht nicht nur darum, dass man zusammen spricht, sondern dass man ernsthaft verhandelt und auf die berechtigten Forderungen der Gewerkschaften eintritt, was in den letzten Jahren immer weniger der Fall war. Was überhaupt nicht drin liegt, ist, dass unterschriebene Verträge nicht eingehalten werden, wie dies die Baumeister machen wollten. Die Antwort der Gewerkschaft war deutlich genug.

Und schliesslich: Was wird Sie als Gewerkschafter im nächsten Jahr beschäftigen und wann kommt der langersehnte Aufschwung?

Der Aufschwung wird wahrscheinlich kaum so vom Himmel kommen, jedenfalls nicht, solange in den Manageretagen Eigennutz und kurzsichtiges Denken vorherrschen. Darum wird es für die Gewerkschaften eine wichtige Aufgabe sein, nicht nur dafür zu sorgen, dass die Arbeitenden ihren gerechten Anteil am wirtschaftlichen Fortschritt erhalten, sondern dass gewisse Arbeitgeber wieder zur Vernunft gebracht werden, wie dies mit einem Zuger Baumeister geschehen ist.

GBZ war an Öl-Demo dabei

Der Zuger Gewerkschaftsbund (GBZ) unterstützte die Solidaritätsdemonstration mit der von der Ölverschmutzung betroffenen galizischen Bevölkerung. Für die Gewerkschaften ist es selbstverständlich, den betroffenen Fischern beizustehen. Darüber hinaus geht es aber auch um das Image des Kantons Zug. Denn es ist beschämend, wenn der reichste Kanton einer der reichsten Länder der Welt über diese Katastrophe hinwegsieht und so tun will, wie wenn er nichts damit zu tun hätte.

Zu denken gibt uns insbesondere die Ansicht eines Leserbriefschreibers, der Hanspeter Uster vorwirft, er solle sich gescheiter dafür einsetzen, dass die Zuger Steuergelder für die einheimische Bevölkerung eingesetzt werden, statt diese ins Ausland zu verschleudern. Die Gewerkschaften setzen sich täglich für die hiesigen Arbeitenden ein, dabei vergessen sie aber nicht, dass es auf der ganzen Welt Lohnabhängige gibt, die für die gleichen Rechte eintreten müssen wie wir. In all den Kämpfen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen haben die Gewerkschaften aber nie die Unterstützung jener Parteien erhalten, die immer wieder behaupten, sie setzten sich für das Volk ein. Im Gegenteil, der Streik im Bau musste durchgeführt werden, weil die SVP-Fraktion im Baumeisterverband einen Vertragsbruch durchgesetzt hatte.

Ein welscher Politiker hat einmal geschrieben, Blocher käme ihm wie ein Hund vor, der knurrt, weil er Angst hat, man nähme ihm den Fressnapf weg. So kommen uns nun auch jene Leute vor, welche die Solidaritätsdemo als „Affentheater“ bezeichnen und grundsätzlich dagegen sind, dass der Kanton Zug einen namhaften Beitrag zur Bewältigung der Ölkatastrophe leistet. Wir jedenfalls sind stolz darauf, am 11. Januar 2003 zusammen mit unserem Regierungsrat Hanspeter Uster dem Bürgermeister des Fischerdorfs Laxe in Galizien unsere Betroffenheit kundgetan und so der Welt gezeigt zu haben, dass es in Zug nicht nur Egoisten und Profiteure gibt.

Bruno Bollinger, Präsident Zuger Gewerkschaftsbund

LESERBRIEF

Zum: Internationalen Tag der Frau vom 8. März

Im Vorfeld zum internationalen Tag der Frau habe ich Frauen und Mädchen interviewt und sie gefragt, ob ihnen der 8. März, als Tag der Frau bekannt sei und was für Gedanken ihnen dabei durch den Kopf gehen. Die meisten wussten nichts von einem solchen Tag. Sie stecken voll und ganz in den alltäglichen Geschäften und haben alle Hände voll zu tun.

Die junge berufstätige Frau sagt, das werde ein Tag wie ein anderer für sie sein. Sie ist zufrieden und fühlt sich nicht benachteiligt Männern gegenüber, weder privat noch im Beruf. Für ihren dreijährigen Sohn hat sie, nach viermonatiger Wartezeit einen Krippenplatz gefunden. Eine frühzeitige Anmeldung sei wichtig. Sie hat einen guten Arbeitgeber, einen flexiblen Teilzeitjob, der ihr ermöglicht, ihr Kind pünktlich von der Krippe abzuholen. Sie macht keine Überstunden mehr. Zeit zu haben für ihr Kind ist wichtig für sie. Mit dem Lohn ist sie zufrieden. Er wird angepasst. Der Chef lasse mit sich reden. Dafür nimmt sie auch ab und zu Arbeit mit nach Hause, wenn viele Aufträge anfallen im Geschäft.

Ich wandere weiter. Was denkt die ehemalige Krankenschwester, die gerade ihr Studium als Biologie-Laborantin an der ETH in Zürich abgeschlossen hat, Musik als Haupt-Hobby betreibt und aktiv in Orchestern mitspielt?

„Es nervt mich, dass wir in der Schweiz noch nicht weiter sind. Es gibt zu wenig Möglichkeiten für externe Kinderbetreuung und zu wenig Tagesschulen. Dies ist nicht in allen Kantonen gleich, aber andere Länder sind weiter“, sagt sie. Sie findet, dass die Initiative zu einer Verbesserung dieser Situation nicht nur von den Frauen, sondern auch von den Männern, von den Eltern gemeinsam her kommen sollte und nicht von den Politikerinnen und Politikern.

„Die Diskussion muss in den kleinen Gremien, in den Familien, in den Vereinen, in den Eltern-Gruppen in den Schulen, in den Gemeinden stattfinden. Die Stossrichtung muss von unten und nicht von oben kommen“, meint sie.

Auch die Seniorinnen liegen ihr am Herzen. Sie findet es schade, wenn in Cafés, im Park, im Haus das Gespräch zwischen den Generationen nicht mehr gepflegt werde. Die Vereinsamung vieler Menschen sei heutzutage ein Problem. Schon ein gütiges Lächeln, ein kurzes nettes Gespräch helfe sehr viel.

Zur Lohnfrage meint sie: „Heute sind die Krankenschwestern und Laborantinnen besser bezahlt als früher. Auch die männlichen Kollegen haben den gleichen Lohn. Aber es gibt unterbezahlte Männerberufe. Automechaniker und Maurer verdienen entschieden zu wenig.“

Die Forderung der Gewerkschaft: Keine Löhne unter 3000 Franken, findet sie zu bescheiden. Sie ist unbedingt für mindestens 3500 Franken im Monat für Familien mit 1 - 2 Kindern, ohne Auto und Ferien. Ein geringer Verdienst sei der Grund dafür, dass viele Ehepaare nur ein oder gar kein Kind haben. Ein geringer Verdienst habe negative Folgen: Krankheit, Depressionen, Kreislaufstörungen. Er beeinflusse auch die Kindererziehung. Sie überlegt. Viele Krankheiten belasten die Kranken- und Invalidenkassen und erhöhen die Prämien.

Das Mädchen aus der Oberstufe kämpft gegen schlechte Noten und fragt sich, ob es am Ende der obligatorischen Schulzeit wohl eine Lehrstelle finden wird. Es fordert ein Gespräch zwischen dem Klassenlehrer und den Eltern und will dabei anwesend sein.

Und das kleine Mädchen vom Kindergarten? - Es hofft ganz einfach, dass ihm der Osterhase bringt, was es sich wünscht.

Josy von Wyl

Glencore erinnert stark an Marc Rich und Ravenswood

Im französischen Pas-de-Calais, einer Gegend wo die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist, wird ein Metallbetrieb Knall auf Fall geschlossen, ohne dass den 830 Beschäftigten ein Sozialplan angeboten wird. Für Aufsehen sorgte vor allem die rücksichtslose Art, wie mit den betroffenen Angestellten umgegangen wird und die dubiosen Hintergründe die zum Konkurs führten.

Die hohen Wellen die dieser Fall in Frankreich schlägt, veranlasste Staatspräsident Jacques Chirac immerhin von „patrons-voyus“ (Schurken-Bosse) zu sprechen. Mit seinem Vorwurf

meinte Jacques Chirac vor allem die Handelsfirma Glencore. Ich glaube, bis ein Staatsoberhaupt zu solchen Kraftausdrücken greift, muss doch einiges vorgefallen sein. Die Glencore besitzt 33% der Aktien der Metaleurop und ist somit die wichtigste Aktionärin.

Die Aussage der Glencore, sie habe mit dem Schliessungsentscheid nichts zu tun, erinnert mich sehr stark an die Behauptung der Marc Rich in den frühen 90er Jahren, sie habe mit dem Ausschluss von 1700 Beschäftigten aus dem Aluminiumwerk Ravenwood (USA) nichts zu tun. Fast zwei Jahre dauerte damals der Arbeitskampf bis die Marc Rich unter dem Druck der Beweise, seine Verantwortung wahrnahm und die Entlassenen wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehren durften. Neben Marc Rich trug Willy Strothotte, der spätere Gründer der Glencore, die Hauptverantwortung für deren Geschäftspolitik. Wenn die Zuger Rohstoffhändler bei 33% Aktienanteil keinen Einfluss auf den Schliessungsentscheid gehabt haben wollen, stellen sie ihr Licht gehörig unter ihren Scheffel.

Als Präsident der Metallarbeitergewerkschaft SMUV (Sektion Zug) bin ich solidarisch mit den 830 Kollegen/innen der französischen Metaleurop und fordere die Glencore auf, gegenüber den Arbeitnehmenden und ihren Familien die Verantwortung wahrzunehmen. Wenn in letzter Zeit die Ethik in Zusammenhang mit dem Wirtschaftsgebahren neoliberaler Manager immer öfter bemüht werden musste, so muss auch hier die Politik ihre Verantwortung übernehmen. Die Zuger Regierung, die gute Beziehungen zu diesem wichtigen Unternehmen unterhält, fordere ich auf, sich in obigem Sinne einzusetzen.

Der Werk-, Handels- und Finanzplatz Zug hat längerfristig nur eine positive Zukunft, wenn Verantwortung, Ethik, das Ernstnehmen der Arbeitnehmenden und der Sozialpartner vermehrt ins Zentrum wirtschaftlichen Handelns rückt.

Ruedi Amrein, SMUV-Präsident Zug

Ja zur Zukunft unserer Jugend, Ja zur Lehrstellen-Initiative Lipa

Einer der wichtigsten Rohstoffe die die Schweiz besitzt, ist die Bildung. In der Bildungslandschaft spielt die duale Lehrlingsausbildung eine wichtige Rolle. Nicht umsonst findet dieses Modell, das Theorie und Praxis in idealer Weise verbindet über unsere Landesgrenzen hinaus Beachtung. Was jedoch in letzter Zeit beobachtet werden kann ist, dass immer weniger Firmen Lehrlinge ausbilden. Geht es nach der Lehrstellen-Initiative, sollen diejenigen Arbeitgeber die Lehrstellen schaffen belohnt werden, diejenigen die sich davor drücken, sollen mit einer Bildungsabgabe ihren Beitrag leisten. Mindestens einen Teil. Es ist nichts als Recht, dass die Trittbrettfahrer, die von gut ausgebildetem Personal profitieren, das es bekanntlich in der ganzen Wirtschaft braucht, für die Stärkung und Förderung des dualen Systems herangezogen werden. An dieser Stelle sei all jenen Lehrbetrieben gedankt, die mit grossem Einsatz, der jungen Generation den Rohstoff Bildung, vermitteln. Die Lehrstellen-Initiative macht aber auch Volkswirtschaftlich einen Sinn. In einer Zeit, in der das Wissen einem steten Wandel unterworfen ist, ist es umso wichtiger der Jugend eine Ausbildung die Kopf und Hand anspricht zu ermöglichen. Nichts ist verheerender wenn junge Menschen ihre Kreativität nicht entwickeln und ausleben können. Wenn sie herumhängen und keine Verantwortung wahrnehmen können. Investieren wir in die Zukunft. Sagen wir ja zur Bildung unserer Jugend. Sagen wir ja zur Lehrstellen-Initiative Lipa.

Amrein Ruedi, SMUV-Präsident Zug

Ja zur Lehrstellen-Initiative: Zuger Komitee gegründet

Auf Initiative von Gewerkschaftsbund und Angestelltenvereinigung ist in Zug ein Komitee gegründet worden, das sich für die Lehrstellen-Initiative (lipa) einsetzt. Fast täglich berichten die Medien über die Schwierigkeiten der Schulabgehenden, eine passende Lehrstelle zu finden. Immer weniger Betriebe bilden noch Lehrlinge aus, gesamtschweizerisch sind es nur noch 17 Prozent. Die Lehrstellen-Initiative schlägt die Schaffung eines Bildungsfonds vor, um Ausbildungsbetriebe zu unterstützen. Finanziert wird der Fonds durch Beiträge jener Betriebe, die keine Lehrlinge ausbilden.

Co-Präsidenten des Zuger Komitees für das Recht auf Berufsbildung sind Bruno Bollinger, GBZ-Präsident, und Armin Jans, Präsident AVZug.

Erstunterzeichnende des Namensaufrufs sind: Brigitte Profos, Regierungsrätin; Hanspeter Uster, Regierungsrat; Ruedi Amrein, SMUV-Präsident; Toni Gschwind, VPOD-Präsident; Stefan Meier, Vize-Präsident Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV; Sybilla Schmid, GBZ-Vorstand; Pietro Panico, GBZ-Vizepräsident; Josy von Wyl, GBZ-Vizepräsidentin; Peter Züllig, Präsident KV Zug.

Mehr Lehrstellen sind nötig!

Es mehren sich die Meldungen über die Schwierigkeiten der Schulabgehenden, eine Lehrstelle zu finden. Demgegenüber steht, dass in der Schweiz nur noch 17 Prozent der Betriebe Lehrlinge ausbilden. Mit anderen Worten vier von fünf Betrieben kümmern sich nicht um den beruflichen Nachwuchs, obwohl sie selber ausgebildete Berufsleute brauchen. Wir stellen fest, dass auch im Bereich der Berufsbildung immer mehr Eigennutz und kurzsichtiges Denken herrscht.

Es ist schlimm, dass die arbeitenden Menschen nur noch als Nummern und als Kostenfaktor behandelt werden. Noch schlimmer ist es, wenn den jungen Leuten von Anfang an klar gemacht wird, wie abhängig sie von der Wirtschaft sind. Es war nicht immer so: Ende der Sechzigerjahre konnten wir Schulabgehenden auswählen, welchen Beruf wir erlernen wollten. Heute muss man froh sein, überhaupt etwas lernen zu können. Ist das der Fortschritt? Bereits beim Einstieg ins Berufsleben, also beim ersten Kontakt mit der Arbeitswelt, erleben viele Jugendliche ihr Ausgeliefertsein an ein Wirtschaftssystem, in dem immer mehr nur noch der Profit von Wenigen zählt.

Unverantwortlich ist diese Kurzsichtigkeit in der Berufsbildung auch der schweizerischen Wirtschaft gegenüber. Immer mehr werden Fachleute benötigt. Wer soll denn diese ausbilden, wenn es nicht die Wirtschaft macht? Ganz abgesehen davon, dass alle Menschen das Recht auf das Erlernen eines Berufes haben sollen. Oder ist die Wirtschaft bereit, Arbeitsplätze für all die unqualifizierten Leute zu schaffen, die sie indirekt produziert? Der volkswirtschaftliche Schaden, der durch Abzockerei, Managementfehler und Entlassungen verursacht worden ist, soll nicht noch auf die Berufsbildung übergreifen. Wir sind das nicht nur uns selber, sondern vor allem den kommenden Generationen schuldig.

Jene Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, müssen unterstützt und weitere dazu animiert werden, dies zu tun. Jene Betriebe hingegen, die sich nicht um die Berufsbildung kümmern, sollen zur Kasse gebeten werden. Das schlägt die Lehrstellen-Initiative der Jugendorganisationen und der Gewerkschaftsjugend vor, die am 19. Mai zur Abstimmung kommt. Diese Initiative will, dass der Bund einen Berufsbildungsfonds schafft, der durch eine Bildungsabgabe der Betriebe, die nicht ausbilden, finanziert wird. Also wieder einmal eine richtige Initiative, die zum richtigen Zeitpunkt kommt. Mit dem Ja zur Lehrstellen-Initiative haben wir so die Gelegenheit, der Abzockerei in der Berufsbildung eine Abfuhr zu erteilen.

Bruno Bollinger, Präsident Zuger Gewerkschaftsbund